



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler, Andreas Winhart**
und **Fraktion (AfD)**

Klimaaktivismus beenden! – Zusätzliche CO₂-Abgabe für das Heizen weder sozial- noch klimapolitisch zielführend

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bundesrat gegen politische Schnellschüsse einzusetzen und keine entsprechenden Gesetzesvorschläge, welche die Aufteilung der CO₂-Abgabe auf Mieter und Vermieter vorsehen, zu behandeln,
2. sich auf allen politischen Ebenen für eine Abschaffung bereits bestehender unsozialer CO₂-Abgaben einzusetzen.

Begründung:

Gemäß einem Beschluss auf Bundesebene, der begleitend zum geänderten Klimaschutzgesetz gefasst werden soll, sollen zukünftig Vermieter bei der Heizkostenabrechnung die Hälfte der Kosten für den CO₂-Preis auf fossile Brennstoffe wie Öl und Gas oder eventuell noch Kohle tragen. Unter dem Stichwort „gerechte Lastenverteilung“ sollen sich Vermieter am Heizverhalten ihrer Mieter, ganz gleich, ob diese sparsam oder großzügig heizen, beteiligen.¹

Selbst unter Berücksichtigung eines Klimanarrativs steht die Aufteilung der Heizkosten auf Mieter und Vermieter diametral zu einer Philosophie der Ressourcenschonung. Zurecht kritisiert der Eigentümerverband Haus & Grund: „Da Vermieter das Heizverhalten ihrer Mieter nicht beeinflussen können, mindere dies den Anreiz zum Einsparen und sei damit ‚klimapolitisch kontraproduktiv‘.“²

In Bayern ist das Wohnungsangebot in den meisten Städten vorrangig durch Altbestand geprägt (allerdings nicht durch Uraltbebauung aus der Zeit vor 1914). Etwa 50 Prozent der vorhandenen Wohnungen sind in den Jahren 1950 bis 1990 gebaut worden.² Auf die vielen Bewohner von Altbauten kommen damit hohe Zusatzkosten zu.

Mit den geplanten Verschärfungen der klimapolitischen Zielsetzungen und den geplanten Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, ist mit einem weiteren Anstieg des CO₂-Preises zu rechnen; damit ist auch von weiteren hohen Belastungen bei den Heizungskosten auszugehen. Die Forderung, kostengünstiges Wohnen zu ermöglichen, wird mit einer Teilung politisch verursachter steigender Heizungskosten damit weiter verhindert.

¹ <https://www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/co2-preis-inwiefern-muessen-sich-vermieter-beteiligen-84342-525922.html>

² https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische-beichte/f2400c_201800.pdf